

NOTICE CONCERNING COPYRIGHT RESTRICTIONS

The copyright law of the United States [Title 17, United States Code] governs the making of photocopies or other reproductions of copyrighted material.

Under certain conditions specified in the law, libraries and archives are authorized to furnish a photocopy or other reproduction. One of these specified conditions is that the reproduction is not to be used for any purpose other than private study, scholarship, or research. If a user makes a request for, or later uses, a photocopy or reproduction for purposes in excess of "fair use" that use may be liable for copyright infringement.

The institution reserves the right to refuse to accept a copying order if, in its judgment, fulfillment of the order would involve violation of copyright law. No further reproduction and distribution of this copy is permitted by transmission or any other means.

George Steinmetz

Die (un-)moralische Ökonomie rechtsextremer Gewalt im Übergang zum Postfordismus

Ein Gespenst geht um in Deutschland, aber es ist nicht das Gespenst des Kommunismus. Statt dessen hat man in den letzten Jahren die Wiederkehr einer rechtsextremen Straßengewalt gesehen, die viele Menschen in Deutschland und im Ausland stark an die letzten Jahre der Weimarer Republik erinnert. Es ist die Absicht dieses Artikels, sich einer Erklärung dieser rechtsextremen Gewaltwelle anzunähern. Gleichzeitig geht es darum, klarzustellen, inwieweit der Vergleich mit Weimar gerechtfertigt ist und in welcher Hinsicht der neue Faschismus grundlegend anders ist.¹

Meine Hauptthese ist, daß die rechtsextreme Straßengewalt hauptsächlich durch die Sehnsucht nach einem imaginären goldenen Zeitalter des Fordismus motiviert ist. Die realen und imaginären Privilegien der männlichen deutschen Arbeiter während der Fordismus-Epoche werden von der radikalen sozialen und wirtschaftlichen Umstrukturierung des Arbeitsmarktes, des sozialen Netzes, von Formen der Kultur, der Produktion, des Konsums und der Familie unterminiert. Die jetzigen Angriffe entstammen also einer Subjektivität, die von den Werten und Erwartungen des Fordismus (oder genauer gesagt: von den spezifisch ost- und westdeutschen Varianten des Fordismus) geprägt ist. Diese unreflektierte, unbewußte Form der Subjektivität läßt sich in Anlehnung an E.P. Thompsons Begriff der »moralischen Ökonomie der Menge« (Thompson 1971) als »unmoralische Ökonomie« beschreiben. Die (un-)moralische Ökonomie führt in ihren Trägern zu einem Gefühl von angestammten Rechten, die nicht in einem formalen Gesetz kodifiziert sind. Und wie Nostalgie basiert die (un-)moralische Ökonomie des Fordismus nicht unbedingt auf dem Verlust eines *wirklichen* Objekts, sondern vielmehr auf dem Verlust eines erstrebenswerten imaginären Objekts. Diese Spezifizierung ist wichtig, weil viele Aktivisten der rechten Bewegung sich nie im warmen Schein des fordistischen Wohlstands gesonnt haben.

Die regulationstheoretische Analyse der komplexen Form sozialer Organisation, die unter dem Namen Fordismus bekannt ist, liefert eine Grundlage für das Verständnis der Interessen, Beschwerden und Opfer im gewalttätigen Flügel der jetzigen rechten Bewegung. Ich werde argumentieren, daß die DDR und die BRD in den sechziger und siebziger Jahren eine Phase des Fordismus durchlaufen haben, und daß, während die Konturen des ost- und westdeutschen Fordismus sich in gewissen wichtigen Aspekten unterscheiden, die Ähnlichkeiten genügend ausgeprägt sind, um eine Erfahrungsgrundlage für konvergente Formen der Subjektivität unter Arbeitern des früher geteilten Landes abzugeben. Das Gefühl einer Verschlechterung der Lebensbedingungen, das aus dem Übergang vom Fordismus zu einem »flexiblen Postfordismus« resultiert, erklärt den Zeitpunkt und die Intensität der Reaktion. Viele der spezifischen Schwerpunkte der jetzigen rechtsextremen Gewalt können am besten in der Beziehung zu den spezifischen Orten der intensivsten Veränderungen erklärt werden. Zu diesen Schwerpunkten

gehören proletarische Männlichkeitssymbole, ein übertriebener Puritanismus sowie Gewalt gegen Ausländer und andere Gruppen, die beschuldigt werden, Arbeit wegzunehmen oder sich vor Arbeit zu drücken. Die regulationstheoretische Perspektive kann auch die wichtige Bruchlinie erhellen, die durch die jetzige rechtsextreme Bewegung läuft, eine Trennungslinie, die oft nicht verstanden und sogar ignoriert wird. Denn zusätzlich zum gewalttätigeren, fordistischen Flügel der rechtsextremen Bewegung gibt es auch einen kleineren, aber anwachsenden Flügel der Rechten, der den Umschwung zum Postfordismus mitmacht.

Konzepte aus der Regulationstheorie helfen deshalb, den Aufstieg der Bewegung und die Wahl ihrer bevorzugten Ziele zu erhellen. Aber während die fordistische Subjektivität den Impuls zur Tat erklären kann, kann sie weder die genauen Arten rechtsextremer Angriffe noch das Spektrum der Opfer erklären. Auch kann der regulationstheoretische Ansatz nicht erklären, warum Gewalt in Deutschland stärker auftritt als in anderen Ländern, die eine Entwicklung weg vom Fordismus durchmachen. Die Suche nach einem verallgemeinbareren Grund für Rechtsextremismus ignoriert kontingente Faktoren, die aus der spezifisch deutschen Geschichte und politischen Situation herrühren. Zwei Faktoren müssen im besonderen zu einer Erklärung herangezogen werden: die »politische Kultur« und die in der Theorie sozialer Bewegungen sogenannte *opportunity structure* (vgl. Tilly 1978).

Die Explosion der Gewalt und ihr Kontext

Die rechtsextreme Gewalt in Deutschland richtet sich gegen einen weiten Kreis von Opfern, der türkische »Gastarbeiter« und ihre Kinder, Asylsuchende, Juden (oder Menschen, die für Juden gehalten werden), Schwule, Behinderte, Obdachlose, Antifaschisten, Punker und Linke einschließt. Die sichtbarsten Teilnehmer an der gegenwärtigen deutschen Menschenjagd (Enzensberger 1992) sind junge Männer aus der Arbeiterklasse, hauptsächlich Lehrlinge und ungelernte Arbeiter. Nur eine Minderheit gehört Neonazi-Organisationen an oder kultiviert einen Skinhead-Stil (Schröder 1992, 186f.). Dem Präsidenten des Hamburger Verfassungsschutzes zufolge waren ca. 80 Prozent der Verdächtigten von haßmotivierten Verbrechen weder Skinheads noch aktiv in rechtsextremistischen Organisationen oder in Kontakt mit solchen Organisationen. In der Tat liegt ein Teil der Schwierigkeit, diese neue Bewegung zu identifizieren, darin, daß sie oft auf der Basis von lockeren subkulturellen Beziehungsnetzen operiert, ganz ähnlich den Protestbewegungen der siebziger und achtziger Jahre. Der große Kreis der Sympathisanten hat zu der verbreiteten Meinung geführt, die Gewalt komme aus der »Mitte der Gesellschaft« (Jäger/Jäger 1991).² Die Bewegung holt sich ihre Unterstützung von Menschen aller Altersklassen und beider Geschlechter, wie dies besonders brutal in den Pogromen gegen Asylbewerberheime in Hoyerswerda und Rostock illustriert wurde.³ Ein weiteres Zeichen für die populäre Unterstützung der Anschläge ist die Tatsache, daß sie meist in der Nähe des Wohnorts der Angreifer stattfinden, trotz der größeren Wahrscheinlichkeit, erkannt zu werden. Auf eine breitgestreute Unterstützung läßt auch die Zunahme rechtsextremer Einstellungen in Meinungsumfragen schließen (Schmidt 1993, 110).

Versuch einer Erklärung

Bevor man die konkurrierenden Erklärungen rechter Bewegungen skizzieren und die regulationstheoretische Perspektive einführen kann, braucht man eine Arbeitsdefinition von Rechtsextremismus. Trotz meiner Vorbehalte gegen Heitmeyers theoretische Perspektive folgt meine Definition weitgehend der seinen. Rechtsextremismus ist nach Heitmeyer (1988, 1992b) vor allem durch seine Ideologie grundsätzlicher *Ungleichheit* gekennzeichnet – von Nationen, ethnischen Gruppen, politischen Tendenzen usw. Diese Überzeugung verbindet sich mit Forderungen nach der Ausgrenzung oder Eliminierung angeblich minderwertiger Gruppen. Rechtsextremismus ist auch sozialdarwinistisch, betont die Permanenz des alltäglichen ständigen Existenzkampfes und nimmt einen militaristischen Stil an. Er ist antidemokratisch und erkennt autoritäre Führer und brutale Stärke als Grundlagen für die Entscheidungsfindung an. Schließlich akzeptiert er Gewaltanwendung – der Staatsgewalt ebenso wie von Selbstjustiz.

Theoretische Ansätze

Ich verzichte auf einen detaillierten Überblick über die Literatur zu rechtsextremen Bewegungen, da hier mehrere Darstellungen zur Verfügung stehen (vgl. Butterwegge/Isola 1991; Heitmeyer 1988, 23-62; Rommelspacher 1991). Klassische Analysen des NS als Aufstand der verdrängten Mittelklasse – von Geiger (1930) in den dreißiger Jahren bis zu Parsons (1993) in den vierzigern und Lipset (1963) in den sechzigern – sind zum Verständnis der zeitgenössischen Bewegungen, die weitgehend von Arbeitern dominiert sind, weniger hilfreich. Systemtheoretische Erklärungen des Rechtsextremismus als einer »normalen« Pathologie unter Individuen aus verschiedenen Sektoren industrieller Gesellschaften, die »radikale Veränderungen durchmachen« (Scheuch/Klingemann 1967, 29), haben den Vorzug, daß sie nicht a priori festlegen, welche sozialen Klassen rechtsextreme Bewegungen unterstützen. Sie können aber weder nachweisen, warum in Zeiten sozialer Belastung Rechtsextremismus wahrscheinlicher ist als andere Reaktionen (z.B. psychologische Depression, Kriminalität, Linksextremismus), noch können sie die Inhalte rechtsextremer Bewegungen oder die politischen Faktoren, die ihre Erscheinung begünstigen, aufdecken.

Zeitgenössische *ökonomistische* Erklärungen des Rechtsextremismus konzentrieren sich normalerweise auf junge Extremisten als »Opfer der Risikogesellschaft« (Rommelspacher 1991). Heitmeyer u.a. (1988, 1989, 1992) leiten Neonazismus von sozialer Isolierung und kompetitiver Individualisierung ab, die sie als charakteristisch für die *Risikogesellschaft* ansehen, und von der Instrumentalisierung, die aus der Arbeitswelt in die Welt persönlicher Beziehungen hineinreicht (vgl. Beck 1993; Matthesius 1992). Das Gefühl der Machtlosigkeit, das unter extrem kompetitiven Bedingungen erscheint, führt zu einem Bedürfnis nach »Dokumentation von Stärke und Überlegenheit« (Heitmeyer 1992b, 597). Dem verstärkten Gefühl der sozialen Isolation wird die »Natürlichkeit« der nationalen Volksgemeinschaft entgegengesetzt, zu der man gehört und von der andere ausgeschlossen sind.⁴

Das wichtigste Problem mit diesem Ansatz ist, daß er die Rolle der national-

spezifischen politischen Kultur ignoriert (Pfahl-Traugber 1993). D.h. er kann die in Deutschland besonders starke Ausprägung rechtsextremer Gewalt im Vergleich zu ähnlichen Ländern nicht erklären. Die Theorie basiert außerdem auf einer vereinfachten und teleologischen Konzeptionalisierung sozioökonomischer Entwicklung. Sie erkennt nicht den Grad, in dem Individualisierung, Isolierung und Instrumentalisierung frühere Phasen der kapitalistischen Gesellschaft ebenso geprägt haben wie die jetzige, ohne dabei aber immer vergleichbare Grade und Formen der Gewalt herauszufordern. Auch kann Heitmeyer die individuellen Unterschiede in der »instrumentalistischen Orientierung auf Arbeit« unter Arbeitern nicht erklären. Seine vergleichenden Biografien junger Arbeiter in Bielefeld scheinen nahelegen, daß »gute« Arbeiter die Instrumentalisierung der Arbeit im Kapitalismus durch reine Willenskraft überwinden können. Und schließlich kann die Theorie, wie Heitmeyer selbst zugibt (1992a), nicht dem Aufstieg des Neonazismus in der früheren DDR Rechnung tragen, wo es die traumatischen Prozesse des individualisierenden Wettbewerbs nicht gab.

Habermas (1992) und andere (z.B. Pfahl-Traugber 1993) haben eine These formuliert, die historisch und geographisch spezifischer ist. Hier wird die neofaschistische Gewalt nicht bei den »Opfern« der Modernisierung, sondern bei den Vertretern des »Wohlstandschauvinismus« geortet. Die momentane rechtsextreme Bewegung ist Teil des Versuchs, ihren nationalen Wohlstand vor diversen »Habenichtsen« zu schützen. Der Wohlstand im Nachkriegsdeutschland basierte auf einer national definierten politischen Ökonomie, und er wird daher auf einer nationalistischen Basis verteidigt. Habermas (1992) verbindet Wohlstandschauvinismus mit der »zweiten Lebenslüge« der Bundesrepublik: »wir sind wieder normal«. Die Frage ist, warum Normalität in Deutschland so anders aussieht als anderswo (Link 1992).

Das Verhältnis von Wohlstandschauvinismus und historischem Nazismus bleibt aber bei Habermas unklar. Das Konzept einer zweiten Lebenslüge klärt nicht die genaue Rolle historischer Nazi-Ideologien in der Gewaltanwendung, die nicht auf eine einfache Wiederholung der dreißiger Jahre reduziert werden kann. Und während das Konzept des Wohlstandschauvinismus sich hilfreich auf den defensiven Protektionismus und seine wirtschaftliche Rationalität konzentriert, ist es doch zu allgemein. Westdeutscher Wohlstandschauvinismus hat sich in den letzten Jahren genauso stark gegen »Ossis« wie gegen Ausländer gerichtet, und trotzdem machen Ostdeutsche einen großen Teil der Angreifer aus. Außerdem kann das Konzept des Wohlstandschauvinismus nicht erklären, warum Gruppen, die momentan wenig »Wohlstand« zu verteidigen haben, sich von der Bewegung angezogen fühlen. Schließlich kann auch die Ausgrenzung von Gruppen wie Juden, Behinderten und Schwulen durch Rechtsextremisten nicht nur auf wirtschaftlichen Protektionismus zurückgeführt werden.

Diese Erklärungen können bestimmte Dimensionen der momentanen Gewaltexplosion nicht erfassen. Eine adäquate Erklärung muß auch Gründe angeben können für den gleichzeitigen Anstieg rechtsextremistischer Aktivitäten in Ost- und Westdeutschland während der achtziger Jahre, für die dramatische Gewaltexplosion nach 1989, die überproportionale Unterstützung der Bewegung durch Arbeiter, die spezifische Konstellation von »Ideologemen« im rechtsextremen

Diskurs und die ungewöhnlich mörderischen Qualitäten der deutschen Bewegung im Vergleich zu ähnlichen Ländern.

Sehnsucht nach einem idealisierten Fordismus

Die Bewegung rechtsextremer Gewalt ist eine Rebellion derjenigen Klassen und Gruppen, die Verlierer sind in dem aktuellen Zusammenbruch des Fordismus in Deutschland und seiner Ersetzung durch ein Regime »flexibler Akkumulation« in einer postfordistischen Form sozialer Regulation. Wenn man den Neofaschismus in Relation zu Fordismus und Postfordismus setzt, wird klar, daß das, was normalerweise als eine monolithische neofaschistische Rechte betrachtet wird, sich eigentlich aus einer »reaktionären« und einer zukunftsorientierten Strömung zusammensetzt.⁵ Hier ist die Bedeutung des Begriffs »reaktionär« analog zum Begriff des »reaktionären Radikalismus« der Handwerker im 18. und 19. Jahrhundert zu verstehen, die die traditionellen Lebens- und Arbeitsformen gegen das Vordringen des industriellen Kapitalismus verteidigen wollten (vgl. Calhoun 1983). Die neofaschistische Gewalt ist eine rückwärtsgewandte Gewalt, der verzweifelte Versuch, die heute obsolet gewordenen sozialen Konditionen eines »imaginären Fordismus« zu reetablieren. Diese Bewegung repräsentiert eine Art von Nostalgie, die sich als Gewalt ausdrückt in der Absicht, eine Vergangenheit zu restaurieren, die mediatisiert und umgeformt ist. Ich werde mich zunächst auf diese Tendenz der rechtsextremen Bewegung konzentrieren und am Ende auf die »progressive« Strömung zurückkommen.

Die Logik des Fordismus untermauert also die (un-)moralische Ökonomie der rechtsextremen Bewegung. Wie schon bemerkt, ist der Begriff »(un-)moralische Ökonomie« von Thompsons Konzept der moralischen Ökonomie abgeleitet, das auf das Gefühl von Gewohnheitsrechten und Verpflichtungen aufmerksam macht, die im populären Bewußtsein verankert sind. Es ist ein spezifischer Aspekt der populären Kultur, befaßt mit einem Gerechtigkeitsinn, mit dem *Gesetz* im weitesten Sinne. Desgleichen haben sich deutsche Arbeiter in der Ära des Fordismus daran gewöhnt, die Bedingungen des Fordismus, insbesondere die Aussicht auf einen weiter steigenden Lebensstandard, als ein Recht zu betrachten. Für dieses Anrechtsgefühl ist zum Teil die starke legitimatorische Nutzung von Sozialpolitik durch die Regierenden in West- und Ostdeutschland verantwortlich, die damit einer sehr viel älteren deutschen Tradition folgten (vgl. Steinmetz 1993).

Der Postfordismus untergräbt die Hauptstützen des Fordismus. Für ungelernete Arbeiter sinken Arbeitsplatzsicherheit und Löhne; der Druck auf die Arbeitssuchenden, im Inland umzuziehen, nimmt zu, desgleichen der Zustrom ausländischer Einwanderer; nationale Identitäten werden durch die Globalisierung der Wirtschaft und den Bedeutungsverlust des Nationalstaats bedroht; die Leistungen des Sozialstaats werden zurückgeschraubt; der Konsum wird differenzierter und wettbewerbsorientierter⁶; die Norm der patriarchalischen Kleinfamilie ist für die meisten Menschen weniger denn je erreichbar; und die politische Vertretung von Gruppeninteressen bewegt sich weg von den etablierten politischen Parteien und korporatistischen Organisationen hin zu Bewegungen, die sich auf ein

einziges Thema konzentrieren. Wirtschaftliche, politische und kulturelle Konditionen werden »flexibler«, während persönliche Identitäten unsicherer werden. Obwohl manche soziale Gruppen diese Veränderungen begrüßen, werden sie von anderen mehr oder weniger klar als Niedergang und Verlust erlebt. Diese Gruppen sind aber nicht die vage definierten und von Beck u.a. evozierten »Verlierer im Prozeß der Modernisierung« (vgl. Beck 1986; Heitmeyer 1988, 1992b). Im nächsten Abschnitt werde ich den Unterschied zwischen der teleologischen Sprache der »Modernisierung« und den offeneren historischen Prozessen und Periodisierungen, wie sie vom regulationstheoretischen Ansatz beschrieben werden, genauer herausarbeiten.

Die neue rassistische Gewalt ist also primär ein Protest des fordistischen Subjekts gegen das Ende des Fordismus und die unsichere, »flexible« Welt, die dessen Platz einnimmt. Mit dieser These als Basis kann man sofort die oberflächlichen Charakterisierungen der neofaschistischen Gewalt als einer Weiterführung der »neuen sozialen Bewegungen« der siebziger und achtziger Jahre (also der Umwelt- und Friedensbewegungen) zurückweisen. Ganz abgesehen von den offensichtlichen Unterschieden im Verhältnis zum Staat und in den Objekten der Gewalt (Machtssymbole auf der einen Seite, wehrlose Opfer auf der anderen), unterscheiden sie sich auch grundsätzlich in ihrer Herkunft. Die neuen sozialen Bewegungen können als Revolte *gegen* fordistische Formen durch fordistische Subjekte analysiert werden (Hirsch/Roth 1986); im Gegensatz dazu interpretiert man die jetzige neofaschistische Gewalt besser als einen Aufstand *für* den Fordismus. Der typische Anhänger der Friedens- oder Umweltbewegung war weder direkt – d.h. durch Zugehörigkeit zu einer der industriell-produktiven Klassen – noch indirekt, als zufriedener Konsument von massenproduzierten Waren oder williger Teilnehmer eines standardisierten Lebensstils, mit dem Fordismus verbunden. Im Gegensatz dazu wird der neue rechte Aufstand von Teilen der Gesellschaft getragen, die zentral zum Fordismus gehörten und seine Kultur internalisiert haben.

Die Frage nach den Unterschieden und Ähnlichkeiten zwischen Ost- und Westdeutschland war für die Studien zur Friedens- und Umweltbewegung weniger bedeutsam, ist aber äußerst wichtig für die jetzigen rechten Bewegungen. Da ein Großteil der neofaschistischen Anschläge von ehemaligen Bürgern der DDR verübt wird, ist es wichtig, festzustellen, ob sich das Konzept des Fordismus auch auf eine staatssozialistische Gesellschaft nutzbringend anwenden läßt. Ich werde argumentieren, daß dies möglich ist, und daß die Ähnlichkeiten der ost- und westdeutschen Formen des Fordismus besonders sichtbar sind auf Gebieten, die entscheidend für die Genese von rechtsextremer Subjektivität in beiden Regionen sind. Solche Ähnlichkeiten nachzuweisen ist entscheidend, denn »das erste, wonach man eine 'organische Ideologie' befragen muß, die ... erfolgreich ist im Organisieren großer Teile der Massen für politische Ziele, ist nicht, was daran *falsch* ist, sondern, was daran *wahr* ist« (Hall 1988, 46). Einige der fordistischen Bedingungen, die die Utopie des reaktionären Neofaschismus ausmachen, gab es auch in der DDR, und die Erinnerung an diesen »real existierenden Fordismus« ist eine wichtige Grundlage für die jetzige rechte Mobilisierung im Osten.

Bestimmte Autoren schreiben die angeblich höhere Rate rechter Verbrechen im Osten nach 1989 den spezifischen sozialen Bedingungen der DDR zu: ihrer sozialen Sicherheit; ihrer Isolierung ausländischer Arbeiter; ihrer Homogenität und Isolation. Die Prämisse dieses Arguments – rechtsextreme Verbrechen seien schwerwiegender und häufiger im Osten – ist problematisch. Bedenkt man den historischen und organisatorischen Vorsprung der westdeutschen Neofaschisten, so ist es schwierig, festzustellen, ob die Behauptung, daß »die neue rechtsextremistische Gewalt in Ostdeutschland anfang« (Veen u.a. 1993, 71), ein Beispiel westdeutscher Selbstentlastung durch den Schuldverweis an die »Ossis« ist oder das Resultat aktiver Desinformation. Betrachtet man nur die Zahlen, dann ist der brutalste Fakt, daß seit 1989 mehr Menschen im Westen bei rechtsradikalen Angriffen umgekommen sind als im Osten. Die Mehrzahl der rechtsextremen Vorfälle findet in den alten Bundesländern statt, obwohl wegen der unmotivierten und schlechter ausgerüsteten Polizei im Osten die Möglichkeiten für Gewalttaten größer sind.⁷ Andererseits zeigen manche Statistiken, daß es in letzter Zeit mehr Angriffe pro Kopf in den neuen Bundesländern gibt, aber die Unterschiede sind nicht sehr groß und variieren auch zeitlich. Einige Umfragen zeigen eine höhere Unterstützung für rechtsextreme Meinungen in den neuen Bundesländern, aber es sind keine klaren Tendenzen zu erkennen. Solche Unterschiede könnten auch an der größeren Erfahrung mit Meinungsumfragen in Westdeutschland liegen, wo es ein entsprechend höheres Bewußtsein über die sozial akzeptablen Antworten gibt.⁸ Eine Umfrage 1991 zeigte, daß Ostdeutsche über 16 Jahren weniger geneigt waren, zuzustimmen, daß »deutsche Juden loyaler zu Israel als zu Deutschland sind«, daß Nazismus »nicht so schlecht« sei, daß »es zu viele Ausländer in Deutschland« gäbe und daß die deutsch-polnische Grenze unannehmbar sei (Weil 1992).⁹ Was hier einer Erklärung bedarf, ist die breite *Übereinstimmung* zwischen den östlichen und den westlichen Bundesländern. Der *Unterschied*, der erklärt werden muß, ist der zwischen Deutschland und anderen entwickelten Industrieländern.

Der Beitrag des historischen Nazismus zur jetzigen Gewaltwelle

Wenn auch die Sehnsucht nach einem idealisierten Fordismus die entscheidende Triebkraft hinter der heutigen Rebellion ist, kann sie doch nicht die genauen Formen und Inhalte der Bewegung erklären. Auch ist damit nicht die Frage beantwortet, warum das Ausmaß der rechten Gewalt in Deutschland so viel höher ist als in anderen Ländern, die eine ähnliche Transformation zum Postfordismus durchmachen (vgl. Europäisches Parlament 1991). Ein Teil der Antwort liegt sicher in den verschiedenen Formen des Fordismus und im relativen Ausmaß der Umwälzung, die durch die postfordistische Umstrukturierung in jedem Land ausgelöst wurde. Aber nur im Hinblick auf nationale Unterschiede in der politischen Kultur und Ideologie kann man die Fixierung der deutschen Rechten auf Gruppen wie Juden und Behinderte erklären. Dies sind Gruppen, deren Verhältnis zum Umstrukturierungsprozeß allenfalls oberflächlich ist – oder deren Verhältnis zur postfordistischen Umstrukturierung vielmehr nicht in das fordistische ideologische System eingeschrieben ist. Die nationalspezifische Über-

lieferung der Nazi-Ideologie wird in den Analysen von deutschen Sozialwissenschaftlern paradoxerweise heruntergespielt, während sie umgekehrt in nicht-deutschen Kommentaren zu einseitig betont wird.

Selbst wenn der neue Faschismus nicht einfach als Wiedergeburt des historischen Nazismus betrachtet werden kann, gibt es doch eine deutliche Kontinuität von Themen und Ideologemen. Das jetzige Zusammenwerfen von Behinderten, Juden, Obdachlosen, Linken, Türken, Roma/Sinti und Schwulen wird nur verständlich in den Begriffen des ideologischen Systems des Nazismus. Die Kernelemente dieses Diskurses sind extremer Rassismus, deutscher Nationalismus, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Militarismus, Sexismus, übertriebene Gewalt und die Tendenz, die Rollen von Opfern und Tätern umzukehren. Sicherlich fügt die jetzige rechtsextreme Ideologie noch Elemente hinzu, die weniger wichtig oder im historischen Nazismus irrelevant waren, z.B. die Konzentration auf Gastarbeiter oder politisches Asyl. Themen wie die Gegnerschaft zur Sowjetunion sind natürlich heute weniger wichtig. Viele der jetzigen Rechtsextremisten distanzieren sich auch von Hitler und dem Holocaust (Kowalsky 1993, 18). Die verschiedenen Ideologeme der Naziideologie werden außerdem auf neue Weise verbunden, und spezifische Elemente erhalten eine andere Gewichtung. So gibt es im heutigen Neofaschismus eine stärkere Betonung der sozialistischen Ideen des »nationalrevolutionären« Flügels der frühen NSDAP (Stöss 1991, 169).

Was Deutschland z.B. von Großbritannien in dieser Hinsicht unterscheidet, ist die »Natürlichkeit« einer eigenen nationalen faschistischen Ideologie. Die kulturelle Verfügbarkeit des historischen Nazismus als einheimisches ideologisches System gibt der deutschen Bewegung ein gewisses Maß an kultureller Kohärenz, selbst wenn ihre formelle Organisation schwach ist. Meinungsumfragen der Nachkriegszeit haben gezeigt, daß ein zunehmender Teil der deutschen Bevölkerung Hitler, den Holocaust und viele der spezifischen politischen Programme der Nazis ablehnten. Gleichzeitig gab es aber auch weitverbreitete Zustimmung für gewisse Aspekte des Nazismus, besonders in den älteren Generationen. Sei es wegen einer grundsätzlichen Zustimmung zum Nazismus, sei es auf Grund einer psychologischen »Unfähigkeit zu trauern« (Mitscherlich 1967), das Ergebnis war, daß Postulate hegemonialer Nazi-Kultur unversehrt reproduziert wurden. Es gibt auch schon durch die ganze Nachkriegszeit hindurch immer einen festen Kern von Deutschen mit rechtsradikalen Ansichten.¹⁰ Der historische Nazismus ist also eine kulturelle Ressource, die den deutschen Neofaschisten einen Vorsprung im Vergleich zu anderen vergleichbaren Bewegungen in anderen Ländern gibt.¹¹

Die obige Erklärungsskizze läßt die Frage der Anwendbarkeit der Regulationsperspektive auf staatssozialistische Gesellschaften unbeantwortet. Der wichtigste Nutzen der Regulationstheorie in unserem Zusammenhang ist die Möglichkeit, die Interessen und Subjektivitäten, die in gesellschaftlichen Bewegungen Ausdruck finden, im Verhältnis zu dominanten, abflauenden oder sich etablierenden Regulationsweisen zu interpretieren.

DDR-Staatsozialismus als abgeleitete Form des Fordismus

Mit wenigen Ausnahmen (z.B. Lipietz 1979, 1991) haben sich die Regulationstheoretiker auf Gesellschaften konzentriert, die von der kapitalistischen Produktionsweise beherrscht sind. Ein Grund für die Vernachlässigung staatssozialistischer Gesellschaften liegt darin, daß viele Regulationstheoretiker sich weiterhin auf die Prämissen der marxistischen Werttheorie stützen, die normalerweise nicht als auf nicht-kapitalistische Systeme anwendbar angesehen werden. Ein weiterer Grund ist das Fehlen einer direkten Parallele zu den spezifischen Bedingungen, die die Suche nach neuen Arten der Regulation im Kapitalismus motivieren, besonders im Blick auf Privateigentum und Profite.

Wenn man die Regulationstheorie auf Gesellschaften anwenden will, in denen Privatbesitz eine untergeordnete Rolle spielt, sind einige Revisionen notwendig. Trotzdem sehen sich staatssozialistische Gesellschaften mit ähnlichen Problemen konfrontiert wie kapitalistische. Ihre regierenden Klassen haben ebenfalls ein Interesse daran, Produktion und Produktivität zu erhöhen, die langfristige Verteilung des Nettoprodukts zwischen Produktion und Verbrauch zu stabilisieren und ein Dispositiv von Institutionen, Normen und Gewohnheiten zu schaffen, auf dem die Produktion basiert. Staatssozialistische Gesellschaften müssen Krisen bestehen, in denen die konfliktregulierenden Institutionen zusammenbrechen. Auch hier gibt es keine Garantien, daß eine stabile Regulationsweise entsteht, aber das Fehlen einer solchen Garantie unterscheidet den Staatssozialismus nicht vom Kapitalismus.¹²

Die Regulationstheorie eignet sich schon deshalb zur Analyse von Gesellschaften des sowjetischen Typs, weil Taylorismus und Fordismus seit den zwanziger Jahren in der Sowjetunion populär waren (Stites 1989, 146ff.). An den westlichen Fordismus erinnern auch die Stachanow-Bewegung, die Kampagnen für eine neue »sozialistische Persönlichkeit« und die Bedeutung zentraler Planung.¹³ Zur weitgespannten ökonomischen Gesamtstrategie in der Sowjetunion gehörten tayloristische Arbeitsorganisation, zentralisierte bürokratische Organisation, Planung und Massenproduktion (Granick 1967). Neben diesen Elementen des »ökonomischen« Fordismus wurden auch verschiedene andere Aspekte in die Sowjetunion importiert: der Glaube an die unbegrenzte Macht der Vernunft und die »Wohltätigkeit der Wissenschaft«, die Anbetung von Maschinen und Geschwindigkeit und die Betonung von standardisierten massenproduzierten Produkten.¹⁴

Die DDR »borgte« Elemente des sowjetischen und westlichen Fordismus, weshalb man von einem »abgeleiteten« ostdeutschen Fordismus sprechen kann. Voskamp und Witte bemerken, daß »sozialistische Planungseliten in der DDR in den fünfziger und sechziger Jahren die fordistischen Prinzipien bevorzugten, die die westliche industrielle Produktion und Organisation dominierten« und zur »kontinuierlichen Ausweitung der Arbeitsteilung, zur Formulierung immer spezialisierterer Produktionsaufgaben, zur Zentralisierung der Rohstoffe und zu vertikaler Integration« führten (1991, 344). Das Resultat war eine sich aufwärts bewegende Spirale der Arbeitsteilung (Schneider/Troder 1985). In gewissem Sinn wurde die ostdeutsche Wirtschaft der westdeutschen Variante des Fordismus

sehr ähnlich. Der Export wurde ein zentraler Teil des nationalen Wachstums in beiden Staaten und machte einen vergleichbaren Prozentsatz des Bruttosozialprodukts aus. Auf beiden Seiten der Grenze lagen die Industrieschwerpunkte oft in denselben Gebieten, z.B. im Maschinenbau, der chemischen Industrie und der Elektrotechnik (Dennis 1988, 136-139) – wenn auch die meisten ostdeutschen Produkte auf westlichen Märkten nicht konkurrieren konnten. Ein wichtiges Merkmal des Fordismus in beiden Deutschland war wirtschaftlicher Nationalismus. Die DDR betrieb eine Politik des autarken, selbständigen »Fordismus in einem Land« und positionierte sich als die treibende Wirtschaftsmacht des Ostblocks (Voskamp/Wittke 1991; Assheuer/Sarkowicz 1992, 136). Die starke Korrelation von Nationalgefühl und wirtschaftlichem Wohlstand macht die Intensität der spezifisch *nationalistischen* Reaktionen auf die Gefahr der Erosion des wirtschaftlichen Reichtums verständlich.

Außerdem gab es Parallelen auf dem Gebiet der Arbeitsbeziehungen. Sie waren nicht so sehr das Ergebnis expliziter Nachahmung, sondern ergaben sich aus innenpolitischen Konflikten und der Konkurrenz zwischen »Sozialismus« und »Kapitalismus«. Eine Überschneidung bestand auf dem Gebiet der Arbeitsplatzsicherheit. Die ostdeutsche Politik des »Rechts auf Arbeit« hatte legitimatorische Funktion, sowohl gegenüber der eigenen Arbeiterklasse als auch gegenüber der BRD. Sie gab den ostdeutschen Arbeitern ein gewisses Vetorecht gegenüber den Entscheidungen von Firmenleitung und Regierung in Form von Bummelstreiks und Abwesenheit von der Arbeitsstelle (Hübner 1993, Bahro 1977). (In der BRD hatten Arbeiter keine vergleichbare Arbeitsplatzgarantie, aber relativ großzügiges Arbeitslosengeld, weitgehende Umschulungsprogramme und industrielle Mitbestimmung boten ungefähre Äquivalente.) Auf Grund des Legitimationsdefizits und des Rechts auf Arbeit in der DDR stiegen Löhne und Gehälter schneller als die Produktivität. Da es wenig zu kaufen gab, verstärkten Lohnerhöhungen die Desillusionierung der Arbeiter über das ostdeutsche System. Wichtig ist jedoch, daß ostdeutsche Arbeiter ein Gefühl für die Angemessenheit ständig steigender Löhne internalisiert haben.

Eine weitere Parallele stellt die Nutzung von Immigrantearbeit dar. Die DDR begann in den sechziger Jahren mit der Einfuhr von Arbeitsmigranten aus anderen osteuropäischen Ländern. In den siebziger und achtziger Jahren folgten Einwanderer aus Vietnam, Kuba, Mosambik, Angola, China, Algerien usw. (Jasper 1991; Thomä-Venske 1990). Um ihre Arbeitsimmigranten von westdeutschen »Gastarbeitern« zu unterscheiden, sprach die DDR-Regierung nur von »innerstaatlicher Wanderung von Arbeitskraft«. Aber die Nachricht von 1973, daß tausende von Türken in der DDR arbeiten, unterstrich einen Pragmatismus, der sich nicht grundsätzlich von dem der westdeutschen Politik unterschied (Jasper 1991, 163f.). Ausländische Arbeiter spielten in beiden Gesellschaften eine ähnliche Rolle, trotz der Unterschiede wie z.B. der Einfuhr ganzer Gruppen statt Einzelpersonen in der DDR. Und in beiden Staaten sahen sich Ausländer mit legaler und gesellschaftlicher Diskriminierung konfrontiert.

Ebenso gab es Ähnlichkeiten auf dem Gebiet der Sozialpolitik. Seit den sechziger Jahren eiferte die SED Westdeutschland nach, indem sie den wachsenden Lebensstandard zum entscheidenden Legitimationsinstrument machte (Weber 1993, 198).

Dies begann 1963 mit dem »Neuen ökonomischen System der Planung und Leitung« (NöSPL), das eine gewisse Rücknahme wirtschaftlicher Entscheidungsmacht und »kapitalistische« Anzeichen wie Profitabilität und eine ungenierte Bereitschaft, an die materiellen Interessen der Arbeiter zu appellieren«, mit sich brachte (McAdams 1985, 45; vgl. Weber 1988, 60; Bahro 1977). Aber während ein Buch mit dem Titel *Wirtschaftswunder DDR* den Erfolg der Reformen der mittsechziger Jahre feierte (Müller/Reißig 1968), führten der Prager Frühling und wachsende politische Unruhe in der DDR am Ende des Jahrzehnts zu einer Rückkehr zur Zentralisierung (Dennis 1992, 59). Die DDR hat allerdings weiter auf die legitimierende Funktion von materiellen Anreizen vertraut. Honeckers Regime legte von Anfang an den Schwerpunkt auf Sozialpolitik, was in der Praxis einen Anstieg sozialer Ausgaben bedeutete (McAdams 1985, 137). Die Ostdeutschen erwarteten mit der Zeit ein umfassendes System sozialer Sicherheit.¹⁵ Als die Produktivität der DDR-Wirtschaft in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre stagnierte, begann Honecker, die Formel der »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« zu benutzen. Sie bedeutete eine stillschweigende Rückkehr zu den Wertvorstellungen des »Neuen ökonomischen Systems« von Management und Effektivität, wissenschaftlich-technischem Fortschritt und Produktivitätsanstieg als Voraussetzung für Sozialpolitik (Meuschel 1993, 12). Trotzdem wurden weiter neue Sozialprogramme eingeführt: Jugendzentren, generelle Gesundheitsversorgung, kostenlose Verhütungsmittel und Abtreibungen (1972), Mutterurlaub, Versorgung mit Kindergartenplätzen und die Subvention von Wohnungen und Nahrungsmitteln (Dennis 1988, 42-78; Scharf 1989). Die Industriearbeiter blieben die Hauptadressaten der Sozialpolitik des Staates durch die ganze Ära Honecker hindurch (Hübner 1990, 260).

Weitere Ähnlichkeiten gab es auf dem Gebiet der Massenkultur. Zunächst gab sich die SED-Kulturpolitik große Mühe, sich von westlicher Massenkultur abzugrenzen, besonders während der Ära Ulbricht. In der sozialdemokratischen Tradition, den arbeitenden Massen »bürgerliche Kultur« zugänglich zu machen, gehörten in diese Zeit die Einführung der einheitlichen Zehnklassenschule (nach 1959), die Subvention von Theaterkarten und Büchern sowie besondere Bemühungen, Arbeitern Zugang zur Hochschule zu verschaffen.¹⁶ Aber in den frühen sechziger Jahren war die SED hin- und hergerissen zwischen einer Denunzierung westlicher Massenkultur als dekadent und dem Wunsch, sie zur Beruhigung der potentiellen Opposition zu nutzen (Rauhut 1991). Unter Honecker wurden Jazz und Rockmusik, Discos, westliche Filme und vor allem der private Konsum des Westfernsehens allmählich toleriert (Dennis 1988, 176). Bedenkt man die zentrale Rolle des Fernsehens als Freizeitbeschäftigung zusammen mit »dem Anstieg in der Zahl der Privatautos und Wochenendhäuschen« (Bisky 1987, 39), können die siebziger Jahre in der Tat als eine Periode der beginnenden kulturellen Annäherung zwischen West- und Ostdeutschland bezeichnet werden.

Natürlich war der Fordismus in der DDR keineswegs ein einfaches Spiegelbild des westdeutschen Fordismus, und das nicht nur wegen des ständigen Mangels an Konsumgütern. Die vertikal integrierten Kombinate in der DDR waren noch riesiger als im Westen und außerdem anders organisiert (Voskamp/Wittke 1991). Und während die DDR Westdeutschland ähnlich war, als sie eine Periode des

wirtschaftlichen Abstiegs in den siebziger Jahren durchmachte, hat sie nicht mit vergleichbaren Maßnahmen auf den fordistischen Gigantismus und seine Inflexibilität reagiert. Wie Charles Maier bemerkt, lag »die Überlegenheit der westlichen Wirtschaften nicht in ihrer Immunität gegen diese systemischen Herausforderungen, sondern in ihrer Fähigkeit, sie zu überwinden« (1991, 39). Die Kräfte, die zur Formation einer fordistischen Gesellschaft geführt hatten, waren im Osten anders, wie auch die Kräfte, die vielleicht zu einem Nachfolgesystem des Fordismus hätten führen können. Im Westen bemüht sich ein weitgefächertes Spektrum von Gruppen um ein stabiles Akkumulationssystem. Zu diesen Gruppen gehören Kapitalisten, Gewerkschaften, politische Parteien und Staatsmanager, die alle in relativer Unabhängigkeit voneinander arbeiten. In der DDR hatte nur die regierende Partei einen strukturellen Anstoß, eine stabile Form für wirtschaftliches Wachstum zu finden. Dieselbe Elite sah sich aber auch mit widersprüchlichen Kräften konfrontiert, die Reformen hemmten. Eine Bedingung des Machterhalts für die SED war ein extremer Grad an Zentralisierung, während die notwendigen Veränderungen genau in die entgegengesetzte Richtung wiesen (Maier 1991, 43).

Selbst wenn Diskussionen über vage postfordistische Reformen in reformistischen Manager- und Intellektuellenkreisen vor 1989 im Gange waren (vgl. Tröger 1990; Land 1990), fehlte dem Reformimpuls ein starker und struktureller innerer Motor.¹⁷

In bezug auf die Subjektivitätsformen des Fordismus gab es wichtige Unterschiede zwischen den beiden deutschen Staaten. Der offensichtlichste Unterschied hatte mit den ständigen Mängeln und der niedrigeren Qualität der Konsumgüter im Osten zu tun. In der DDR gab es durch das westdeutsche Fernsehen vor 1989 eine Art »stellvertretenden« Konsumismus (vgl. Borneman 1991, 71-79). Das ersehnte Objekt – Fordismus – war zwar für die früheren Ostdeutschen weiter entfernt. Die Tatsache, daß dieses Objekt nur auf mittelbare Weise erfahren würde, unterscheidet die beiden Länder aber nicht wesentlich. Es ist wichtig, sich daran zu erinnern, daß die nostalgische Sehnsucht sich immer auf ein *idealisiertes* Objekt richtet (Lowenthal 1989). Zugang zum fordistischen Supermarkt ist im Westen immer ungleich, genau wie die »Erinnerungen« an die konventionelle Einzelverdiener-Kleinfamilie weitgehend fiktiv sind (Coontz 1992). Ein weiterer Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland hat mit Frauen und Familie zu tun. Der extreme Arbeitskräftemangel in der DDR führte zu einer extensiveren Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt, so daß mehr als 90 Prozent ostdeutscher Frauen 1989 einen Beruf hatten (Niethammer 1992, 44). Die traditionelle Kleinfamilie war daher ein noch weniger erreichbares Ideal als in Westdeutschland, wo es nach dem Krieg Sozialprogramme gab, die Einzelverdienerfamilien und Mutterschaft unterstützten (Moeller 1993).¹⁸ Der offensichtlichste Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland – ihre politischen Systeme – scheint die beiden Länder nicht zu trennen, wenn es um die Neigung zum Rechtsextremismus geht.

Die Ähnlichkeiten zwischen ost- und westdeutschem Fordismus gaben großen Teilen der arbeitenden Bevölkerung in beiden Teilen des Landes ähnliche Formen von Subjektivität, Habitus und Erwartungen. Sie können meiner Ansicht

nach den Widerstand von Teilen der Arbeiterklasse gegen die fortschreitende postfordistische Umstrukturierung und die Attraktivität von rechter Gewalt erklären. Dieser vergangenheitsorientierte Widerstand gegen jetzige Bedingungen basiert auf der Erinnerung an eine idealisierte Zeit, in der es reichlich Arbeit gab, die mit den Fähigkeiten der Arbeiter übereinstimmte; in der Ausländer statt Konkurrenten ungesehene »Gäste« waren, die die Arbeit machten, die Deutsche nicht wollten; in der die Massenkultur erreichbare Freizeit bot und nicht nur ein weiteres Gebiet des Kampfes um Statusprodukte darstellte. Diese sicheren Bedingungen sind nun in Deutschland allesamt gleichzeitig unter Beschuß. Die deutsche Vereinigung beschleunigte im wesentlichen nur die postfordistischen Tendenzen: Flexibilisierung des Arbeitsmarkts und der industriellen Organisation, Lohnkürzungen und die Streichung von Sozialprogrammen. Außerdem führten die Öffnung der Grenzen und die politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen in Osteuropa zu einem rapiden Anstieg der Zahl von Ausländern. Diese Entwicklungen fallen mit der fortschreitenden Destabilisierung von solchen Kerninstitutionen des Fordismus wie der Kleinfamilie und klar definierter Klassenkulturen zusammen (Chopra/Scheller 1992; Hradil 1987; Harvey 1989, 156).¹⁹

Der andere Rechtsextremismus

In einem Akt intellektueller Akrobatik hat Karl-Heinz Roth (1992) behauptet, die neofaschistischen Schläger seien Teil eines »postfordistisch(en) Klassenblock(s)« (1992).²⁰ Die jetzige Periode ist durch massive Bemühungen charakterisiert, eine Regulationslösung für die Krise des Fordismus zu finden, Bemühungen, die auf unkoordinierte Weise quer durch die Gesellschaftsformation hindurchlaufen. Der die postfordistische Lösung propagierende Block findet Unterstützung bei mittelständischen Arbeitgebern, in den neuen Technologien und in den »postindustriellen« Sektoren, bei Facharbeitern, jungen Akademikern und den neuen Selbständigen (vgl. Mayer 1991; Steinmetz/Wright 1989). Weder überrascht es, daß ein Teil des postfordistischen Klassenblocks eine »progressive« Variante des Neofaschismus vertritt, noch ist es erstaunlich, daß einige Teile der rechtsextremen politisch-ideologischen Szene auf eine postfordistische Zukunft setzen, deren Form sie beeinflussen wollen. Wie Roth (1992, 8) zeigt, macht diese Version neofaschistischer Modernisierung sich daran, »mit diktatorischen Methoden hinderlichen 'Ballast' [des Fordismus] abzuwerfen.« Die italienische Lega Nord ist das deutlichste Beispiel für diesen Zug, die »Ellbogengesellschaft« des Postfordismus dadurch anzunehmen, daß sie die »Nutznießer« des Fordismus ausschließt. Während es solche Tendenzen auch in Deutschland gibt, haben sie noch nicht die Kontrolle über ganze neofaschistische Organisationen oder Bewegungen übernehmen können. Ein Grund für diese »Verzögerung« ist, daß der deutsche Fordismus zu einem relativ späten Zeitpunkt in die Krise gekommen ist. Wahrscheinliche Träger eines modernen neofaschistischen Projekts in Deutschland sind die akademisch gebildeten Ideologen um *Junge Freiheit* und ähnliche Organe, die neue handarbeitende Mittelklasse und die Republikaner. Es ist kein Zufall, daß die Republikaner ihre stärksten Wahlerfolge im »postfordistischen«

Baden-Württemberg erzielen konnten, besonders unter Selbständigen und Arbeitern, die nach dem wirtschaftlichen Aufschwung in diesem Bundesland in den achtziger Jahren zum »Mittelklassenstatus« (Veen u.a. 1993, 39) aufgestiegen sind.

Das regulationstheoretische Konzept des Fordismus trägt dazu bei, eines der zentralen, aber ungelösten Probleme in der existierenden Literatur über die neue Rechte zu begreifen: das Verhältnis zwischen dem gewalttätigen Flügel und den »respektableren« Gruppen mit Wahlkampfambitionen wie den deutschen Republikanern und der französischen Nationalen Front. Sie sind zwei unterschiedliche Strömungen des Neofaschismus, der eine reaktionär und fordistisch, der andere modernisierend und postfordistisch. Was politische Organisationen und Bewegungen angeht, sind die Grenzen zwischen beiden Strömungen fließend. Die Trennung in der Bewegung geht mitten durch Gruppen wie die Republikaner. Auch teilen beide Seiten bestimmte Kernideen und Ziele wie z.B. einen völkischen Nationalismus und die Opposition gegen die verschiedenen Praktiken und Diskurse, die unter dem Begriff »Multikulturalismus« zusammengefaßt sind. Da die Hoch-Zeit des Fordismus für immer vorbei ist, scheint es wahrscheinlich, daß der reaktionäre Flügel der extremen Rechten nach einer Weile verschwinden wird und daß die modernisierenden Faschisten die anhaltendere Gefahr darstellen.

Aus dem Amerikanischen von Wilhelm von Werthern

Anmerkungen

- 1 Dieser Aufsatz basiert auf der systematischen Lektüre einer Auswahl von Zeitungen und Zeitschriften während eines Jahres (von Juli 1992 bis Juli 1993) und auf der schon jetzt immensen, allerdings hauptsächlich feuilletonistischen Literatur zum deutschen Rechtsextremismus. Die wichtigsten Veröffentlichungen sind in der Bibliographie verzeichnet und werden unten im 3. Abschnitt besprochen; die 1993 konsultierten Zeitungen und Zeitschriften sind *Süddeutsche Zeitung*, *Le Monde*, *tageszeitung*, *FAZ*, *New York Times*, *Die Zeit* und *Der Spiegel*. – Besonderer Dank geht an Julia Hell für die Erörterung mehrerer Abschnitte; dankbar bin ich auch Neil Brenner und Gary Herrigel für Kommentare und Quellenhinweise und Wilhelm von Werthern für die Übersetzung.
- 2 Zum Umfang des Feldes von Sympathisanten rechtsextremer Parteien aus der Arbeiterklasse vgl. Jaschke (1993).
- 3 Siehe *Der Spiegel* 17 (1993), 91; Interview mit Ingo Hasselbach, Gründer der Partei »Nationale Alternative« (*tageszeitung*, 18.6.93); und die Interviews mit »Otto« und »Till« in Heitmeyer (1992b, Abschnitte 6.3.6 und 6.3.7), die beide extremen Rassismus und Nationalismus mit der Ablehnung von Nazismus und Hitler in Einklang bringen.
- 4 Heitmeyer in der *Süddeutschen Zeitung*, 30.12.1992.
- 5 Obwohl die Tatsache eines tiefen ideologischen Grabens in der rechtsextremen Bewegung an die frühe NSDAP in den zwanziger Jahren erinnert, hat dieser Graben doch nicht denselben Inhalt. Der Röhm/Strasser-Flügel war insofern zukunftsorientiert, als er gewisse Entwicklungen in der Sozialpolitik nach 1945 antizipiert hat. Im Gegensatz dazu sind die fordistischen Tendenzen im neuen Nazismus, ideologisch dem Strasserismus am nächsten stehend, jetzt der traditionellere Pol.
- 6 Das fordistische Konsumentenspiel »mit den Nachbarn mithalten« war eindimensional und quantitativ, in scharfem Kontrast zum postfordistischen Spiel des qualitativen Kampfes um Unterscheidung, um symbolische Projektion. Viele fordistische Subjekte versuchten, der kulturellen Homogenisierung zu entfliehen, aber gegen die Imperative des Systems. Im Gegensatz dazu

- fordert der Postfordismus geradezu solchen Erfindungsreichtum (flexibler Konsumerismus). Vgl. Lüscher (o.J.) zum fordistischen »Krümelmonster« und Harvey (1989) zur postfordistischen Mannigfaltigkeit und Beschleunigung im Konsum.
- 7 Vgl. *Süddeutsche Zeitung* 1.6.93; taz 31.12.92. 1991 fanden 67 % der gewalttätigen Vorfälle in den alten Bundesländern statt, 33 % im Osten.
 - 8 Vgl. Deutsches Jugendinstitut (1992), eine Umfrage vom Sommer 1990 unter 15- bis 17jährigen Schülern in ost- und westdeutschen Städten. Mehr ostdeutsche Schüler hielten Ausländer für beunruhigend, bewunderten Hitler und sehnten sich nach einem starken Führer und waren stolz, Deutsche zu sein. Aber im Westen meinen mehr (13 %) als im Osten, daß der Faschismus grundsätzlich eine gute Idee sei und nur falsch ausgeführt wurde.
 - 9 Andererseits haben mehr Ostdeutsche gesagt, sie würden es vorziehen, keine Immigranten, Gastarbeiter, »Menschen einer anderen Rasse« und Moslems als Nachbarn zu haben, während sie gegenüber Juden als Nachbarn etwas toleranter eingestellt waren als Westdeutsche.
 - 10 Dieser harte rechte Kern macht sich nur von Zeit zu Zeit in Wahlergebnissen bemerkbar (vgl. Zimmermann/ Saalfeldt 1992, 59), aber dies läßt sich ebenso auf die Angebotsseite des politischen Systems zurückführen wie auf die »Nachfrageseite« der Wählerschaft. Vgl. zur Kontinuität einer rechtsextremen Wählerschaft Assheuer/Sarkowicz (1992) und die Sinus-Studie (1981).
 - 11 Die Achillesferse des ideologischen Erbes der Nazi-Ideologie ist die deutsche Schuld am Holocaust. Man könnte argumentieren, daß diese Schuldgefühle den »Vorteil« eines einheimischen und bekannten faschistischen Weltbildes für die deutschen Neonazis wieder aufhebt. Eine den Holocaust leugnende Propaganda ist deshalb taktisch notwendig, um eine »Desensibilisierung« für neofaschistische Ideen zu erreichen (Schmidt 1993).
 - 12 Der wirtschaftliche Zusammenbruch von staatssozialistischen Gesellschaften beweist, daß der Aufbau effektiver Regulationsmodelle versäumt wurde.
 - 13 Die Frage, ob Planung mehr ein Ideal als Realität war, ist hier weniger von Bedeutung als ihre Existenz (vgl. Nove 1983, 79ff.).
 - 14 Nach Lipietz (1991, 88f.) sind *garantierte Arbeitsplätze* und die Nutzung *zentraler Planung* die wichtigsten Neuerungen der sowjetischen Variante des Fordismus (den er »eisernen Fordismus« nennt).
 - 15 »Geborgenheit« war ein Schlüsselbegriff in Honeckers hegemonialer Strategie (vgl. Weber 1988, 97; Spittmann 1990, 48).
 - 16 Man könnte natürlich argumentieren, daß diese Politik der SED den Unterschied zwischen Elite- und Massenkultur ausgeschaltet hat, statt gegen die Massenkultur gerichtet zu sein. Dies würde sich von der Situation im westlichen Fordismus unterscheiden, wo die kapitalistische Kulturindustrie »herabgesetzte« Versionen der Elitekultur anbot, während gleichzeitig die Elitekultur und die Systeme kultureller Unterscheidung weiter operierten. Das Verhältnis zwischen Elite- und Massenkultur im Fordismus war aber auch in den industrialisierten westlichen Ländern unterschiedlich.
 - 17 Die Gründe für die Schwäche der postfordistischen Impulse in der DDR vor 1989 müssen in den politischen Reaktionen auf das Neue Ökonomische System am Ende der sechziger Jahre gesucht werden, besonders in der angenommenen Gefahr für die SED-Herrschaft durch Dezentralisierung und Märkte.
 - 18 Die ostdeutschen Regelungen 1976 zum »Babyjahr« und reduzierte Arbeitszeiten für Mütter mit Kindern unter 16 Jahren waren Versuche, die Familie zu stärken (Behrend 1990).
 - 19 Die Differenzierung des kulturellen Konsums begann schon mit zunehmender Geschwindigkeit in den achtziger Jahren, sogar in der DDR (Bisky/Wiedemann 1985, 147ff.).
 - 20 Diese Behauptung ist weniger falsch als vielmehr zu generell angewandt. Roth argumentiert, weil der Zusammenbruch des Fordismus in Deutschland nicht so weit fortgeschritten sei wie anderswo, befinde sich »die Formierung einer verbreiterten sozialen Basis (für Neofaschismus; G.S.) ... noch im Anfangsstadium« (1992, 9). Es mag stimmen, daß die spezifisch »postfordistische« Form des Neofaschismus in Deutschland weniger weit entwickelt ist, aber das trifft gewiß nicht auf (neofaschistische) Gewalt zu.

Literaturverzeichnis

- Assheuer, Thomas, und Hans Sarkowicz, ²1992: *Rechtsradikale in Deutschland. Die alte und die neue Rechte*. München
- Bahro, Rudolf, 1977: *Die Alternative*. Frankfurt/M.
- Beck, Ulrich, 1986: *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt/M.
- ders., 1993: »Zurück in die Zukunft«. In: *Der Spiegel* 47, 56-61
- Behrend, Hanna, 1990: »Die Hypertrophie des Vergangenen. Aufbruch und Elend der DDR-Frauen«. In: *Das Argument* 184, 859-864
- Bisky, Lothar, 1987: »Trends of Film Culture in the GDR«. In: *Studies in GDR Culture and Society* 8, 37-45
- ders. und Dieter Wiedemann, 1985: *Der Spielfilm – Rezeption und Wirkung: Kultursoziologische Analysen*. Berlin/DDR
- Borneman, John, 1991: *After the Wall. East Meets West in the New Berlin*. New York
- Butterwegge, Christoph, und Horst Isola (Hrsg.), ³1991: *Rechtsextremismus im vereinten Deutschland*. Bremen, Berlin
- Calhoun, Craig J., 1983: »The Radicalism of Tradition: Community Strength or Venerable Disguise and Borrowed Language?«. In: *American Journal of Sociology* 88, 5 (March), 886-914
- Chopra, Ingrid, und Gitta Scheller, 1992: »'Die neue Unbeständigkeit': Ehe und Familie in der spätmodernen Gesellschaft«. In: *Soziale Welt* 43, Nr.3, 48-69
- Coontz, Stephanie, 1991: *The Way We Never Were. American Families and the Nostalgia Trap*. New York
- Dennis, Mike, 1988: *German Democratic Republic. Politics, Economics and Society*. London
- ders., 1992: »'Perfecting' the Imperfect: The GDR Economy in the Honecker Era«. In: Gert-Joachim Glaebner, Ian Wallace (Hrsg.), *The German Revolution of 1989. Causes and Consequences*. Oxford, 57-83
- Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.), 1992: *Schüler an der Schwelle zur deutschen Einheit. Politische und persönliche Orientierungen in Ost und West*. Opladen
- Enzensberger, Hans Magnus, 1992: *Die große Wanderung*. Frankfurt/M.
- European Parliament, 1991: *Report drawn up on behalf of the Committee of Inquiry into Racism and Xenophobia on the findings of the Committee of Inquiry*. Luxemburg
- Geiger, Theodor, 1930: »Panik im Mittelstand«. In: *Die Arbeit* 7, Nr.10, 637-654
- Granick, David, 1967: *Soviet Metal Fabricating and Economic Development: Practice versus Policy*. Madison
- Habermas, Jürgen, 1992: »Die zweite Lebenslüge der Bundesrepublik: Wir sind wieder 'normal' geworden«. In: *Die Zeit* 51 (18.12.), 19
- Hall, Stuart, 1988: »The Toad in the Garden: Thatcherism among the Theorists«. In: Cary Nelson, Lawrence Grossberg (Hrsg.), *Marxism and the Interpretation of Culture*. Urbana/Illinois, 35-57
- Harvey, David, 1989: *The Condition of Postmodernity. An Enquiry into the Origins of Cultural Change*. New York
- Heitmeyer, Wilhelm, ²1988: *Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation*. Weinheim
- ders., 1989: »Risikokonstellationen – Einführung in die Problemstellung«. In: Wilhelm Heitmeyer, Kurt Möller, Heinz Sünker (Hrsg.), *Jugend-Staat-Gewalt*. Weinheim, 11-46
- ders., 1992a: »Die Widerspiegelung von Modernisierungsrückständen im Rechtsextremismus«. In: Heinemann, Schubarth (Hrsg.), *Der antifaschistische Staat entläßt seine Kinder*, 100-115. Köln, 100-115
- ders., 1992b: *Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher*. Weinheim
- Hirsch, Joachim, und Roland Roth, 1986: *Das Neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus*. Hamburg
- Hradil, Stefan, 1987: *Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft*. Opladen
- Hübner, Peter, 1990: »Von unten gesehen. Krisenwahrnehmung durch Arbeiter«. In: Jochen Cerny (Hrsg.), *Brüche, Krisen, Wendepunkte. Neubefragungen von DDR-Geschichte*. Leipzig, 254-264
- ders., 1993: »Balance des Ungleichgewichtes. Zum Verhältnis von Arbeiterinteressen und SED-Herrschaft«. In: *Geschichte und Gesellschaft* 19, Nr.1, 15-28

- Jäger, Margret, und Siegfried Jäger, 1991: Aus der Mitte der Gesellschaft. Zu den Ursachen von Rechtsextremismus und Rassismus in Europa. Dortmund
- Jaschke, Hans-Gerd, 1993: Die »Republikaner«. Profile einer Rechts-Außen-Partei. Bonn
- Jasper, Dirk, 1991: »Ausländerbeschäftigung in der DDR«. In: Krüger-Potratz (Hrsg.): Anderssein gab es nicht. 151-189
- Kowalsky, Wolfgang, 1993: »Rechtsextremismus und Anti-Rechtsextremismus in der modernen Industriegesellschaft«. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 2-3 (8.1.), 14-25
- Land, Rainer (Hrsg.), 1990: Das Umbaupapier. Argumente gegen die Wiedervereinigung. Berlin
- Link, Jürgen, 1992: »Normalismus und Neorassismus«. In: Das Argument 195, 714-722
- Lipietz, Alain, 1979: Crise et inflation: pourquoi? Paris
- ders., 1991: »Die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit am Vorabend des 21. Jahrhunderts«. In: Leviathan 19, Nr.1, 78-101
- Lipset, Seymour Martin, 1963: Political Man. Garden City, New York
- Lowenthal, David, 1989: »Nostalgia tells it like it wasn't«. In: Christopher Shaw, Malcom Chase (Hrsg.), The Imagined Past. History and Nostalgia. Manchester, 18-32
- Lüscher, Rudolf M., o.J. (1988): Henry und die Krümelmonster. Versuch über den fordistischen Sozialcharakter. Tübingen
- Maier, Charles, 1991: »The Collapse of Communism: Approaches for a Future History«. In: History Workshop 31, 34-59
- Matthesius, Beate, 1992: Anti-Sozial-Front. Vom Fußballfan zum Hooligan. Opladen
- Mayer, Margit, 1991: »Politics in the Post-Fordist City«. In: Socialist Review 21, Nr.1, 105-124
- McAdams, A. James, 1985: East Germany and Detente. Building Authority after the Wall. Cambridge
- Meuschel, Sigrid, 1993: »Überlegungen zu einer Herrschafts- und Gesellschaftsgeschichte der DDR«. In: Geschichte und Gesellschaft 19, Nr.1, 5-14
- Mitscherlich, Alexander, und Margarete Mitscherlich, 1967: Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens. München
- Moeller, Robert, 1993: Protecting Motherhood: Women and the Family in the Politics of Postwar West Germany. Berkeley
- Müller, Hans, und Karl Reißig, 1968: Wirtschaftswunder DDR. Ein Beitrag zur Geschichte der ökonomischen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin/DDR
- Niethammer, Lutz, 1992: »Vers une histoire sociale de la RDA«. In: Vingtième siècle. Revue d'histoire 34, 37-52
- Nove, Alec, 1983: The Economics of Feasible Socialism. London
- Parsons, Talcott, 1993: Talcott Parsons on National Socialism (hrsg. v. Ute Gerhardt). Berlin, New York
- Pfahl-Traughber, Armin, 1993: »Nur Modernisierungsoffer? Eine Kritik der Heitmeyer-Studien«. In: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 40, Nr.4, 329-336
- Rauhut, Michael, 1991: »DDR-Beatmusik zwischen Engagement und Repression«. In: Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Berlin, 52-63
- Rommelspacher, Birgit, 1991: »Rechtsextreme als Opfer der Risikogesellschaft. Zur Täterentlastung in den Sozialwissenschaften«. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 2, 75-87
- Roth, Karl Heinz, 1992: »Europa der 'Völker'? Sozialstruktur und Perspektiven der neuen Rechten in Westeuropa«. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 4, 7-10
- Scharf, C. Bradley, 1989: »Social Policy and Social Conditions in the GDR«. In: The Quality of Life in the German Democratic Republic. Changes and Developments in a State Socialist Society. Armonk, NY, 3-24
- Scheuch, Erwin K., und Hans D. Klingemann, 1967: »Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften«. In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 11-29
- Schmidt, Michael, 1993: The New Reich. Violent Extremism in Unified Germany and Beyond. New York
- Schneider, Gernot, und Manfred Troder, 1985: Zur Genesis der Kombinate der zentralgeleiteten Industrie in der Deutschen Demokratischen Republik. West-Berlin
- Schröder, Burkhard, 1992: Rechte Kerle. Reinbek

- Seidel-Pielen, Eberhard, 1993: »Die Wendekinder. Ein Blick zurück in die achtziger Jahre, als die Mörder von heute die Grundschule besuchten«. In: Freitag, 4.6.
- Siegler, Bernd, 1993: »Verwischte Todesspur der Neonazis«. In: taz, 10.2.
- SINUS-Institut München (Hrsg.), 1981: Fünf Millionen Deutsche: Wir sollten wieder einen Führer haben. Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen. Reinbek
- Spittmann, Ilse, 1990: Die DDR unter Honecker. Köln
- Steinmetz, George, 1993: Regulating the Social: A Historical Sociology of the Welfare State in Imperial Germany. Princeton
- Stites, Richard, 1989: »The Fall and Rise of the Petty Bourgeoisie«. In: American Journal of Sociology 94, 973-1018
- Stites, Richard, 1989: Revolutionary Dreams. Utopian Vision and Experimental Life in the Russian Revolution. New York
- Stöss, Richard, 1991: Politics against Democracy. New York
- Sturzbecher, Dietmar, und Peter Dietrich, 1993: »Jugendliche in Brandenburg – Signale einer unverständenen Generation«. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 203/93 (8.1.), 33
- Thomä-Venske, Hanns, 1990: »Notizen zur Situation der Ausländer in der DDR«. In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik 10, Nr.1, 125-131
- Thompson, E.P., 1993: »The Moral Economy of the English Crowd in the Eighteenth Century« (1971). In: Customs in Common. Studies in Traditional Popular Culture. New York, 185-258
- Tilly, Charles, 1978: From Mobilization to Revolution. Reading, Mass.
- Tröger, Annemarie, 1990: »Brief an eine französische Freundin. Die Intelligenz in der Wende – Gedanken zu den Veränderungen in der DDR«. In: Feministische Studien 1, 113-122
- Veen, Hans-Joachim, Norbert Lepszy und Peter Mnich, 1993: The Republikaner Party in Germany. Right-Wing Menace of Protest Catchall? Westport
- Voskamp, Ulrich, und Volker Wittke, 1991: »Industrial Restructuring in the Former German Democratic Republic (GDR): Barriers to Adaptive Reform Become Downward Development Spirals«. In: Politics and Society 19, Nr.3, 341-371
- Weber, Hermann, 1988: Die DDR 1945-1986. München
- Wendler, 1993: »Die Geschichte der DDR. Versuch einer vorläufigen Bilanz«. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 41, Nr.4, 195-203
- Weil, Frederick, 1992: »The Development of Democratic Attitudes in Eastern and Western Germany in a Comparative Perspective«. In: Research on Democracy and Society 1
- Zimmermann, Ekkart, und Thomas Saalfeld, 1993: »The Three Waves of West German Right-Wing Extremism«. In: Peter H. Merkl, Leonard Weinberg (Hrsg.): Encounters with the Contemporary Radical Right. Boulder, 50-74